

Informationen zur Neuordnung der Pflegeausbildung (Umsetzung in Niedersachsen)

Stand: 10.12.2018

1. Ausbildungs- und Prüfungsregelungen

1.1 Landesrechtlicher Rahmen

Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) vom 03.03.1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 16.05.2018 (Nds. GVBl. S. 66)

Verordnung über berufsbildende Schulen (BbS-VO) vom 10.06.2009 (Nds. GVBl. S. 243), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 13.01.2017 (Nds. GVBl. S. 8)

Niedersächsisches Gesetz über Schulen für Gesundheitsfachberufe und Einrichtungen für die praktische Ausbildung (NSchGesG) vom 22.11.2016 (Nds. GVBl. Nr. 17/2016)

Niedersächsische Verordnung über Anforderungen an Schulen für Gesundheitsfachberufe und an Einrichtungen für die praktische Ausbildung (NSchGesVO) vom 19.10.2017 (Nds. GVBl. Nr. 21/2017)

a) Mit der Veröffentlichung der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (PflAPrV) sowie der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflAFinV) am 10.10.2018 im Bundesgesetzblatt liegen alle Regelungen des Bundes für die neugeordnete Pflegeausbildung (generalistische Ausbildung) vor. Sie müssen nun in den Ländern konkretisiert werden. Vorrangiges Ziel bleibt es, die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Übergang zur neuen Ausbildung zu stabilisieren.

b) Die generalistische Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz (PflBG) soll mit den notwendigen Verordnungsermächtigungen durch das NSchG erfasst werden. Die in Ausführung der bundesrechtlichen Vorgaben notwendigen Ausführungsbestimmungen sollen in der BbS-VO konkretisiert werden. Entsprechende Rechtsetzungen sind geplant.

1.2 Landeslehrplan (§ 6 Abs. 2 PflBG)

Ein eigener Landeslehrplan oder Rahmenrichtlinien für Niedersachsen werden nicht erstellt. Vielmehr sollen der Rahmenausbildungsplan und der Rahmenlehrplan des Bundes übernommen werden. An diesem orientieren sich die jeweiligen Schulen in ihren Curricula. Die Schulen sollten exemplarisch vorhandene Lernsituationen und Curricula auf die generalistische Ausbildung ausweiten. Dazu werden sie Arbeitshinweise erhalten.

1.3 Mindestanforderungen an Schulen / Qualifikation der Lehrkräfte (§ 9 PflBG)

a) Lehrkräfte, die 2019 in einem Ausbildungsgang nach dem AltPflG / KrPflG rechtmäßig unterrichtet haben, haben nach den gesetzlichen Regelungen einen Bestandsschutz für ihr Berufsleben hinsichtlich ihrer Lehrberechtigung.

b) Nach dem PflBG sind 2.100 Unterrichtsstunden an Schulen zu erteilen. Diese werden von Lehrkräften mit der Befähigung für den theoretischen Unterricht (Schulen in freier Trägerschaft = Master-Abschluss) erteilt. Für 500 Stunden ist eine Klassenteilung geplant, in der auch Lehrkräfte für Fachpraxis (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 PflBG – Hochschulausbildung) eine Gruppe unterrichten können. Das Verhältnis Lehrkräfte zu Schülerinnen und Schüler (SuS) beträgt 1 zu 20. Ab 25 SuS muss eine Klasse geteilt werden. Als Untergrenze für die Einrichtung einer Klasse sind 14 SuS vorgesehen, im ländlichen Raum kann diese Untergrenze auf 12 gesenkt werden. Dieser Ansatz wird als Grundlage der Verhandlungen für den Ausbildungsfonds vorgegeben.

1.4 Schulischer Unterricht

Der Unterricht kann in den Schulen für die generalistische Ausbildung und anderen Berufsbezeichnungen in Klasse 3 auch durch Binnendifferenzierung in einer Klasse durchgeführt werden. Es ist nicht zwingend erforderlich, dass SuS bei Ausübung des Wahlrechts nach § 59 PflBG die Schule wechseln müssen.

1.5 Allgemein bildende Fächer

Allgemein bildende Fächer sind im Umfang von mindestens 280 Stunden vorgegeben. Sie werden berufsbezogen unterrichtet. Da diese nicht aus dem Ausbildungsfonds finanziert werden können, wird das Land eine eigene Förderrichtlinie für Schulen in freier Trägerschaft auflegen. Öffentliche berufsbildende Schulen erhalten ein Budget. Der allgemein bildende Unterricht soll die Fächer des berufsübergreifenden Lernbereichs in der bisherigen Altenpflegeausbildung (Deutsch/Kommunikation, Fremdsprache/Kommunikation, Politik, Religion) umfassen.

1.6 Geeignetheit von Einrichtungen für die praktische Ausbildung (§ 7 Abs. 5 PflBG)

Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die praktische Ausbildung beim Träger der praktischen Ausbildung. Geeignet sind Einrichtungen, die den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Im Übrigen werden sinngemäß die Vorgaben der NSchGesVO für die Umsetzung der neuen Ausbildung zugrunde gelegt. Die jeweiligen Einrichtungen (Kooperationspartner) müssen die landesrechtlich definierten Anforderungen erfüllen.

1.7 Akquise praktischer Ausbildungsplätze

Die Verantwortung für die praktischen Ausbildungsplätze und die Organisation der praktischen Ausbildung liegt nach dem PflBG beim Träger der praktischen Ausbildung. Die Organisation der praktischen Ausbildung dürfte ein regionales Netzwerk voraussetzen. Die Landesregierung hat gemeinsam mit den potentiellen Trägern der praktischen Ausbildung die „Ausbildungsallianz Niedersachsen“ geschlossen, um Ausbildungsplätze bereitzustellen.

1.8 Organisation der praktischen Ausbildung

Durch Rotationsmodelle lassen sich Ausbildungsplätze in allen Versorgungsbereichen sichern. Damit wird gewährleistet, dass einzelne Institutionen nicht überfordert und andererseits regelmäßig SuS in der Einrichtung eingesetzt werden. Mit der Rotation muss die Zahl der praktischen Ausbildungsmöglichkeiten in einzelnen Einrichtungen zunächst nicht erhöht werden.

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA, <https://www.pflegeausbildung.net/beratungsteam/beratungsteam-pflegeausbildung/Niedersachsen.html>) steht hier beratend zur Verfügung.

Es ist bekannt, dass Gespräche zwischen BBS'en beziehungsweise Altenpflegeschulen in freier Trägerschaft und Krankenhäusern zur Kooperation bisher nicht immer erfolgreich verlaufen sind. Mit den Verbänden der Träger der Einrichtungen laufen daher Gespräche auf Landesebene. Hierbei wird die Öffnung der verfügbaren praktischen Ausbildungsplätze für Kooperationspartner außerhalb eigener Verbandsstrukturen thematisiert.

1.9 Praktische Ausbildung (Pflichteinsätze) „Pädiatrie“

Die praktische Ausbildung wird im Rahmen der Pflichteinsätze nicht für alle SuS in Kinderkrankenhäusern oder auf vergleichbaren Stationen erfolgen können. Sie kann daher in allen Einrichtungen durchgeführt werden, in denen das Ausbildungsziel nach dem PflBG erreicht werden kann. Dies können bspw. auch Kitas mit pflegerischen Anforderungen oder pädiatrische Praxen oder Krippen sein. Damit werden die Erfahrungen in der jetzigen Ausbildung nach dem Krankenpflegegesetz aufgegriffen und umgesetzt.

Diese Grundsätze gelten auch für die Pflichteinsätze in der psychiatrischen Versorgung.

1.10 Kooperationsverträge (§ 8 PflAPrV)

Die Verbände der Träger der praktischen Ausbildung arbeiten aktuell an Musterkooperationsverträgen für ihre Einrichtungen. Verträge zwischen Schulen, SuS und Einrichtungsträgern können nach den bisherigen Mustern vereinbart werden. Landesregelungen zu Kooperationsverträgen sind nicht geplant.

1.11 Jahreszeugnisse (§ 6 PflBG)

Die bundesrechtlichen Vorgaben sind umzusetzen. Über die BbS-VO könnten beispielsweise Versetzungsregelungen vorgesehen werden. Allerdings darf die Ausbildung nach § 21 Abs. 2 PflBG maximal nur 4 Jahre dauern.

1.12 Zwischenprüfung (§ 7 PflAPrV)

Die rechtlichen Vorgaben im PflBG sind umzusetzen. Das Land wird den Schulen keine Vorgaben machen, wie sie die Zwischenprüfung gestalten. Die Schulen müssen sich jedoch an Anlage 1 zu § 7 Satz 2 PflAPrV orientieren. Die Zwischenprüfung wird nicht zu einer direkten Anerkennung als staatlich geprüfte Pflegeassistentin oder staatlich geprüfte Pflegeassistent führen.

1.13 Staatliche Prüfung (Abschnitt 2 PflAPrV)

Nach dem PflBG ist eine Zulassung zur Prüfung vorgesehen, die erfolgt, wenn SuS die rechtlichen Vorgaben erfüllen. Wichtige Grundlage sind die Jahreszeugnisse nach Klassen 1 und 2. Gegen eine Zulassung müssen rechtssicher belegbare Gründe sprechen, um in Widerspruchs- oder Gerichtsverfahren entsprechende Nachweise führen zu können.

Für den Erfolg der staatlichen Abschlussprüfung sind die im PflBG und der PflAPrV vorgesehenen Regelungen maßgeblich. Vornoten werden einbezogen. Die Ergebnisse der allgemein bildenden Fächer haben nur für den weiterführenden schulischen Abschluss Relevanz.

1.14 Praxisanleitungen (§ 3 PflAPrV)

Für alle Personen, die bis zum 31.12.2019 eine 200-stündige Fortbildung absolviert haben, gilt die gesetzliche Übergangsregelung. Generell ist vorgesehen, dass die NLSchB auch in Zukunft Angebote unterschiedlichster Anbieter ggf. bewertend zur Kenntnis nimmt. Für Personen, die eine Fortbildung vor Inkrafttreten des PflBG begonnen haben und im Jahr 2020 abschließen, wird es eine eigene Übergangsregelung geben (zusätzlich 50 Stunden Unterricht, 50 Stunden praktische Ausbildung nach Maßgabe der Ausbildungsstätte).

Für die nach dem PflBG vorgesehene Ausbildung über 300 Stunden wird es neue inhaltliche Vorgaben geben. Darüber hinaus gelten alle im RdErl. d. MK v. 30.07.2018 „Ergänzende Bestimmungen zur Niedersächsischen Verordnung über Anforderungen an Schulen für Gesundheitsfachberufe und an Einrichtungen für die praktische Ausbildung (NSchGesVO) sowie zur Praxisanleitung nach dem Altenpflegegesetz, dem Krankenpflegegesetz und dem Notfallsanitätäergesetz“ (Nds. MBl. Nr. 28/2018) bisher genannten abgeschlossenen Weiterbildungen (auch nach der Übertragung der Verantwortung auf die Pflegekammer) oder Studiengänge für die Praxisanleitung (2.1.2 bis 2.1.6 des gen. RdErl.) für das PflBG als angemessen.

Die berufspädagogische Fortbildung über 24 Stunden kann von Trägern der Fort- und Weiterbildung sowie von Schulen angeboten werden. Sie muss berufspädagogisch ausgerichtet sein und kann die Supervision aktueller Ausbildungsangelegenheiten beinhalten. Hierzu wird die NLSchB Eckpunkte vorgeben.

2. Finanzierungsangelegenheiten

2.1 Grundprinzipien

Alle bisher an den Ausbildungen beteiligten Institutionen zahlen in den Ausbildungsfonds (bei der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft) ein. Aus diesem Fonds werden sowohl die schulische als auch die praktische Ausbildung finanziert. Im Jahr 2020 kann vor dem 01.04. keine Ausbildung nach dem PflBG aufgenommen werden.

Danach ist vorgesehen, dass Ausbildungen nach dem PflBG grundsätzlich am 01.02. und 01.08. jeden Jahres beginnen können, wobei in Anlehnung an die bisherige Regelung in § 2 Abs. 4 der Anlagen 4 zu § 33 BbS-VO ein zeitlicher Korridor für den Ausbildungsbeginn zwischen dem 01.02. und 01.04. bzw. zwischen 01.08. und 01.10. geplant ist.

2.2 Finanzhilfe

Für Schulen in freier Trägerschaft nach dem PflBG wird keine Finanzhilfe nach dem NSchG gezahlt. Vielmehr werden sie ausschließlich aus dem Ausbildungsfonds finanziert. Auszahlungen des Ausbildungsfonds für SuS an öffentlichen BBSen vereinnahmt das Land. Öffentliche Schulen werden wie bisher budgetiert und kommen mit dem Ausbildungsfonds nicht in Berührung.

Für die auslaufenden Ausbildungen nach dem Alten- und Krankenpflegegesetz gelten die bisherigen Rechtsvorschriften und Finanzierungsregelungen weiter.

2.3 Budgetverhandlungen (§ 30 Abs. 1 PflBG)

Die Ausbildungsbudgets werden als Pauschalen verhandelt. Verhandelnde Stelle für Pflegeschulen:

- Zuständige Behörde (MK)
- Landesverbände der Kranken- und Pflegekassen (GKV / GPV) und der privaten Kassen
- Vertretung der öffentlichen und privaten Schulträger: Verband der Privatschulen (VDP), Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen (AGFS), AG Diakonischer Schulen, Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (AGKSV), Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG).

2. 4 Rechtsträgerschaft bei staatlichen Pflegeschulen (§ 4 PflAFinV)

Für öffentliche berufsbildende Schulen wird das Land eine eigene Rechtsträgerschaft einrichten, um die Mittel aus dem Ausbildungsfonds zu vereinnahmen (voraussichtlich NLSchB).

2.5 Mietzahlungen

Die Bundesregelungen sehen vor, dass Mietzahlungen oder Investitionskosten nicht durch den Ausbildungsfonds übernommen werden können. Dies trifft insbesondere Altenpflegeschulen in freier Trägerschaft. Bei öffentlichen berufsbildenden Schulen fallen diese Kosten an den Schulträger, für Krankenpflegeschulen sieht das Krankenhausfinanzierungsgesetz bereits eine Landesförderung vor. Da das PflBG eine Schulgeldzahlung ausdrücklich verbietet, wird das Land für die im Raum stehenden Schulen in freier Trägerschaft Miet- und Investitionskosten ausgleichen, sofern diese geltend gemacht werden können.

3. Allgemeine Aspekte

3.1 Projektgruppe Umsetzung PflBG

Zur niedersächsischen Umsetzung der neuen Pflegeausbildung (NUPflBG 2020) wurde eine Projektstruktur eingerichtet. Am 9. Oktober 2018 ist die Steuerungsgruppe erstmals zusammengetreten. Diese hat zwei Unterarbeitsgruppen zur Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (UAG-APrV) sowie zur Finanzierungsverordnung auf den Weg gebracht. Die UAG-APrV wird durch das MK geleitet. Ziel der Arbeitsgruppe sind der fachliche Austausch und die Beratung der Landesregierung. Die Erstellung von Rahmenrichtlinien oder Curricula im engeren Sinne ist nicht vorgesehen (s. Ziff. 1.2), jedoch werden Handreichungen auf den Weg gebracht. Der UAG gehören Vertretungen folgender Schulen an: OKS Gifhorn, GuKP Goslar, GuKKP Auf der Bult Hannover, BBS Rinteln, BBS III Stade, Ev. AltPfl Emlichheim, GuKP Lüneburg, GuKP Meppen.

Die erste Sitzung hat am 7. Dezember 2019 stattgefunden.

3.2 Überleitung der Ausbildungen nach dem Krankenpflege-/Altenpflegegesetz (§ 66 PflBG)

Grundsätzlich können im Jahr 2019 begonnene Ausbildungen in die generalistische Pflegeausbildung übergeleitet werden. Dies wird jedoch nur in der Entscheidung der Schulen liegen. Ein Individualanspruch der SuS ist nicht vorgesehen. Die Überleitung ist nach Klasse 1 im Übergang nach Klasse 2 frühestens zum 01.08.2020 möglich. Hierbei wird ohne weitere Prüfung in die generalistische Ausbildung übergeleitet. Die Schule muss dazu ein Curriculum vorlegen und das Einverständnis der Träger der praktischen Ausbildung einholen. Die Umsetzungen dieser Überlegungen stehen unter Finanzierungsvorbehalt, da dies Auswirkungen auf den

Ausbildungsfonds und den Landeshaushalt hätte. Die UAG-APrV wird sich mit dieser Angelegenheit befassen.

3.3 Ausbildungen nach dem Krankenpflege-/Altenpflegegesetz (§ 66 PflBG)

Ausbildungen nach dem Alten- und Krankenpflegegesetz können letztmalig im Jahr 2019 beginnen. Vor dem 01.01.2020 begonnene Ausbildungen können nach diesen Rechtsvorschriften abgeschlossen werden. Die Finanzierung erfolgt nach den bisherigen Grundsätzen parallel zu der nach dem PflBG.

3.4 Beratung von Schülerinnen und Schülern

Schülerinnen und Schüler sollten durch die Schulen zum Weg in die generalistische Ausbildung beraten werden. Nur diese ermöglicht ihnen mit der Ausweisung des Vertiefungseinsatzes (§1 Abs. 2 PflBG) in der Langzeit- und Akutpflege sowie der ambulanten Pflege mit den vorbehaltenen Tätigkeiten künftig in allen Versorgungsbereichen tätig zu werden.

Beispiel:

Wer die Ausbildung mit der Berufsbezeichnung Altenpflege abschließt, kann vorbehaltene Tätigkeiten nur in diesem Bereich ausüben. In der generalistischen Ausbildung können SuS die Vertiefung so wählen, dass sie die praktische Ausbildung bei den Trägern der praktischen Ausbildung in dem Umfang durchführen können, wie das beispielsweise mit einem Abschluss in der Altenpflege (gem. PflBG) möglich wäre.

3.5 Ombudsstelle (§ 24 PflBG)

Die Ombudsstelle kann bei der fondsführenden Stelle eingerichtet werden. Die fondsführenden Stelle wird bei der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft eingerichtet. Die NLSchB oder die Pflegekammer können die Funktion der Ombudsstelle nicht übernehmen.

3.6 Rahmenlehrplankommission des Bundes (§ 53 PflBG)

Dem Gremium gehören aus Niedersachsen an:

- a) als Mitglied: FB Pflege StD Frank Arens (NLSchB Osnabrück)
- b) als Vertreterin der KMK: FB'n Pflege StD'n Cornelia Mätzing (NLSchB Lüneburg)

3.7 BFS Pflegeassistenten

Die Berufsfachschule Pflegeassistenten ist ein wichtiger Ausbildungsgang, um junge Menschen an die Fachausbildung heranzuführen oder ihnen neben dem weiterführenden allgemein bildenden Abschluss einen ersten beruflichen Einstieg auf der Helferebene zu ermöglichen. MK hat die Absicht, diese Schulform beizubehalten und geht von einem entsprechenden Bedarf aus.